

IX. Schweiz.

Ende Januar. Gesetzentwurf über Einfuhr von Brieftauben.

Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung einen Gesetzentwurf, wonach die Einfuhr lebender Brieftauben in die Schweiz von der Bewilligung der Militärbehörde abhängig gemacht und die Trainierung von Brieftauben zum Flug aus der Schweiz nach dem Auslande oder umgekehrt verboten wird. Der Gesetzentwurf ist dadurch veranlaßt worden, daß wiederholt versucht worden war, ausländische Brieftauben nach der Schweiz einzuführen und für den Flug nach dem Auslande abzurichten.

15. März. Volksabstimmung über den neuen Zolltarif.
(Vgl. 1902 S. 268, 269.)

Bei der Volksabstimmung über den neuen Zolltarif, welcher die Grundlage für die künftigen Handelsvertragsverhandlungen bilden soll, werden 329 000 Stimmen für und 223 000 Stimmen gegen den Tarif abgegeben. Die Opposition besteht hauptsächlich aus industriellen Kreisen, namentlich der Arbeiterschaft, die eine Verteuerung der Lebensmittel befürchtet. Die Urmacherkanton Neuchâtel und Gené verwerfen den Tarif mit Neugehelemehrheit.

Mitte März. (Bern.) Die Bundesversammlung über die Nationalratswahlen.

Die Bundesversammlung beschließt in beiden Räten mit großer Mehrheit, bei dem Schweizer Volk die Ablehnung der Volksinitiative zu beantragen, gemäß der die künftige Vertretung im Nationalrat nicht mehr auf der Grundlage der Gesamtbevölkerung (ein Mitglied auf je 20 000 Seelen), sondern nur auf derjenigen Bevölkerung der Schweizer Bürger erfolgen soll. Die Annahme dieser Initiative hätte eine Verminderung des Nationalrates um 20 Mitglieder auf Kosten der Verlehrsagenten zur Folge.

24. März. Der Ständerat genehmigt einstimmig den vom Bundesrat mit einem schweizerisch-französischen Bankkonsortium abgeschlossenen Vertrag über die Aufnahme einer dreiprozentigen Anleihe von 70 Mill. Fr. zur Umwandlung der älteren Anleihen und zur Beschaffung der Mittel für die Neubewaffnung der Artillerie.